

ZdJ
zeitung der jungsozialisten georgsmarienhütte



nr. 18

Nummer 18 - September 1982

Verantwortlich:

Annerose Brouwer / Rainer Korte / Hermann Rauhake / Waltraud Schürmeyer /
Reinhold Thiede /

Auflage: 200

Preis: -50 DM

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409) 1487

erhard

eppler

spricht über das thema

friedenspolitik

21.9.82

20 uhr aula der realschule

Liebe Leser!

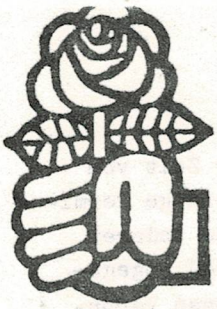
Wir haben es geschafft, es ist soweit: Erhard Eppler kommt nach Gmhütte.

Da diese Nummer der ZdJ vor der Veranstaltung mit Erhard Eppler angeboten wird, hoffen wir, daß diese Ausgabe der Gmhütter Jusozzeitung von vielen Leuten gelesen wird, die bisher noch nichts von unserem Blatt gehört haben. An diese Leser eine besondere Bitte: überlegt doch mal, ob ihr die ZdJ nicht abonnieren wollt; Abo-Formulare findet ihr im Heft!

Neben dem Artikel zum Besuch von Erhard Eppler findet

sich in dieser Ausgabe wieder viel Kommunalpolitisches - trotz der Sommerpause! Besonders hinweisen möchten wir auf den Beitrag zu unserer Aktion für ein Atomwaffenfreies Gmhütte; Aufkleber wie den im Heft abgedruckten gibt es übrigens für nur 1,-DM bei uns zu kaufen.

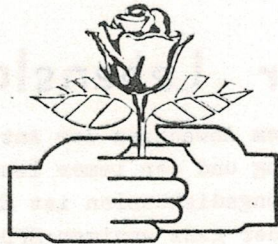
Schließlich soll auch noch auf die "Vorwärts"-Werbeaktion hingewiesen werden. Der "Vorwärts", das alte, sozialdemokratische Traditionsblatt, steckt in großen finanziellen Schwierigkeiten. Das Überleben dieser kritischen Zeitung kann nur durch neue Abonnenten gesichert werden; Näheres auf der letzten Seite!
Soviel für heute. Tschüß!



Neues aus der Juso-AG

Uwe Spille ist der neue Juso-Vertreter beim Stadtjugendring. Wir hoffen, daß die Mitarbeit unserer Juso-AG in diesem Gremium, die in den letzten Monaten eher sporadisch war, dadurch wieder intensiviert wird.

Um gemeinsam gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit vorzugehen, haben sich im August erstmals Vertreter unserer Juso-AG mit der Gmhütter Jungen Union getroffen. Näheres siehe in dieser Ausgabe der ZdJ!



An allen großen Friedensdemonstrationen in diesem Jahr haben einige Jusos aus unserer AG teilgenommen: Ostermarsch Osnabrück-Bramsche ("Osterei statt Pershing II"); Demo beim SPD-Parteitag in München; Großdemonstration zum Reagan-Besuch am 10.6. in Bonn (500.000 Teilnehmer!); Demonstration beim Katholikentag in Düsseldorf. Hoffentlich hilft es!!!



Anfang Dezember führten wir eine Wanderung entlang der Düte durch. Wir waren überrascht, wie schön dieser Fluß an seinem (noch nicht begradigten) Oberlauf ist. Leider war trotz intensiver Werbung (Presse!) nicht ein einziger älterer Genosse zum Mitwandern zu bewegen!

Unsere sportlichen Aktivitäten hatten positive und negative Auswirkungen: Im April konnten wir beim Hallenfußball-Turnier der KJG-Kloster-Oesede den 4. Platz belegen (Preis: 2 Flaschen Sekt!), leider zog sich dabei aber nach aufopferungsvollem Fight Uwe Spille einen Bänderriß zu. Das ist echter Juso-Einsatzwille!

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die glänzende Vorstellung unseres Vorsitzenden in der Ratsmannschaft. Beim Spiel gegen die Osnabrücker Ratsmannschaft konnte er dank des guten Juso-Trainings 4 Tore erzielen!

In der Sommerpause trafen wir uns jeden Freitag abend zu einem gemütlichen Plauderstündchen mit Umtrunk. Das war so gemütlich, daß erwägt wurde, die Sommerpause auf das ganze Jahr auszuweiten...

Die gesamte Juso-AG nahm im Frühjahr an der großen Demonstration gegen den Bau der A-33 in Osnabrück teil. Unser bester Plakatspruch: "Auch wir, Genosse Emmerlich, woll'n die A 33 nicht!"

Klaus Hengelbrock und Hermann Raufhake nahmen an einem Seminar zur "Geschichte der Arbeiterbewegung" teil, das die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin durchführte. Also, wer Fragen zur Arbeiterbewegung hat, bitte bei Klaus und Hermann melden!

Seit Mitte August bereiteten wir in mühevoller Kleinarbeit den Besuch Erhard Eppers in Gmhütte vor. Hoffentlich klappt am 21.9. alles so, wie wir's geplant haben!



Erhard Eppler in Gmhütte!

Am 21. September wird Erhard Eppler auf Einladung unserer Juso-AG in der Aula der Realschule mit uns über aktuelle Fragen, in erster Linie wohl über die Friedensbewegung, diskutieren.

Wir sind natürlich sehr froh und auch ein bißchen stolz, daß wir einen der bei weiten Teilen der jungen Generation wohl angesehensten SPD-Politiker hier "in der Provinz" zu Gast haben; es hat auch viel Mühe und Hartnäckigkeit erfordert, bis ein geeigneter Termin für diesen Besuch gefunden werden konnte (Die ersten Kontakte liegen über ein Jahr zurück!). Schade ist es natürlich, daß für den Besuch Erhard Epplers kein Termin innerhalb der Friedenswoche gefunden werden konnte, die der

Gmhütter SPD-Ortsverein in der Zeit vom 23.10.-30.10. durchführen wird, einige Termine dieser Friedenswoche sind an anderer Stelle in dieser Ausgabe der ZdJ angegeben. Hoffentlich kommen zu diesen Veranstaltungen möglichst viele Leute!

Auf dieser Seite haben wir einen kurzen "Lebenslauf" Erhard Epplers abgedruckt, damit man sich - vielleicht als Vorbereitung oder Nachbetrachtung zu der Diskussion - etwas über den Werdegang und "Hintergrund" des Politikers Eppler informieren kann; ein kurzer Überblick über einige zur Zeit erhältliche Bücher des Autoren Eppler findet sich hier ebenfalls.

Also dann: Viel Spaß bei der Diskussion!

Als Überblick: Ein kurzer Lebenslauf

Erhard Eppler wurde am 9. Dez. 1926 in Ulm als Sohn eines Lehrers geboren. Er ist evangelisch, seit 1951 verheiratet und hat 4 Kinder.

Erhard Eppler besuchte die Oberschule in Schwäbisch Hall und studierte an den Universitäten Frankfurt, Bern und Tübingen Englisch, Deutsch und Geschichte; 1951 promovierte er. Von 1953 bis 1961 war er am Gymnasium Schweningen beschäftigt, seit 1957 als Studienrat.

Zunächst Mitglied der "Gesamtdeutschen Volkspartei" (deren Mitbegründer er 1952 gewesen war), trat er 1956 in die SPD ein, für die er von 1961 bis 1976 als Abgeordneter in den Bundestag gewählt wurde. 1968 bis 1974 war er Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Regierungen Kiesinger/Brandt und Brandt/Scheel; er trat von seinem Amt zurück, weil er seine entwicklungspolitischen Vorstellungen innerhalb der Regierung kaum durchsetzen konnte. Von 1976 an bis in dieses Jahr hinein war Eppler Abgeordneter des Baden-Württembergischen Landtages, lange als Führer der oppositionellen SPD-Fraktion. 1973 wurde ihm das Große Bundesverdienstkreuz verliehen.

Seit Beginn der 70er Jahre wurde Erhard Eppler immer mehr zu einem Sprecher der (zunächst innerparteilichen) Kritiker an der Bonner Regierungspolitik, wobei er insbesondere deren Orientierung an rein quantitativen Wachstumszielen ablehnte.

Seit dem Anwachsen der Anti-Atomkraft-Bewegung und der immer lauter werdenden Abrüstungsdiskussion ist Erhard Eppler einer der ganz wenigen SPD-Politiker, deren Gedanken innerhalb der "kritischen Jugend" noch ernsthaft diskutiert werden. Seine beeindruckende Rede bei der Bonner Großdemonstration gegen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen vom 10.10. 1981 dürfte eines der bemerkenswertesten Manifeste der Friedensbewegung gewesen sein. Die Tatsache, daß Erhard Eppler Präsident des Evangelischen Kirchentages 1983 sein wird, läßt von dieser Veranstaltung weitere Impulse für die Friedensbewegung im In- und Ausland erwarten.

Im folgenden seien noch die Titel einiger Bücher Erhard Epplers genannt, die zur Zeit im Buchhandel erhältlich sind:

"Wenig Zeit für die 3. Welt"; Urban-Taschenbuch Nr. 80 822, 16,- DM.

"Ende oder Wende"; dtv-Allg. Reihe 1221, 4,80 DM.

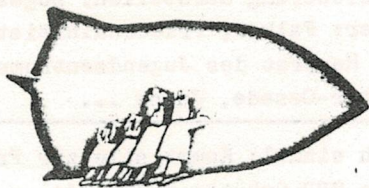
"Maßstäbe für eine humane Gesellschaft"; Urban-Taschenbuch Nr. 80 860, 6,50 DM.

"Das Schwerste ist die Glaubwürdigkeit. Gespräche über ein Politikerleben"; ro-ro-ro aktuell 4355, 5,80 DM.

"Wege aus der Gefahr"; Rowohlt-Verlag, 24,- DM.

Atomwaffenfreie Zone Georgsmarienhütte

Von einem "atomwaffenfreien Europa" re-
det inzwischen fast jeder Politiker
- sogar Jung-Konservativ-Liberale wie
Herr Möllemann! - in der Bundesrepu-
blik, nun aber beginnt man in vielen
Städten und Gemeinden damit, einen er-
sten, kleinen Schritt zur Verwirklichung
dieser großen Idee zu tun. In immer mehr
Kommunen in unserem Land wird jetzt näm-
lich versucht, das Gemeindegebiet zur
"atomwaffenfreien Zone" zu erklären,
d.h. einer Lagerung von Atom-(und che-
mischen) Waffen im Bereich der Gemeinde



jeden möglichen Widerstand durch Rat
und Verwaltung entgegenzusetzen. Ein
derartiger Beschluß ist z.B. im SPD-
regierten Nürnberg mit den Stimmen von
SPD und Grünen vom Stadtrat verabschie-
det worden, Nürnberg hat sich somit -
wie viele kleinere Kommunen auch - zur
"atomwaffenfreien Stadt" erklärt. In
Düsseldorf hat man inzwischen zur Vor-
bereitung eines ähnlichen Ratsbeschlus-
ses in den einzelnen Stadtteilen und
Straßen Umfragen unter allen Anwohnern

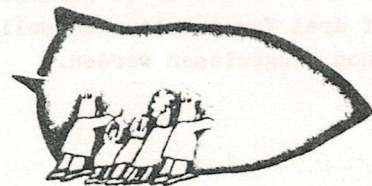


durchgeführt, bei denen sich häufig über
50 %, in Einzelfällen sogar bis zu 83 %
aller Anwohner für ein "atomwaffenfreies
Düsseldorf" aussprachen!

Wir halten es für sehr sinnvoll, wenn
die Bürger einer Stadt und ihre gewähl-
ten Vertreter ihr Stadtgebiet zur Atom-
waffenfreien Zone erklären - auch wenn
manch einer das als "Spinnerei" bezeich-
net. Natürlich ist klar, daß letztlich
die Entscheidungsbefugnis über die Sta-
tionierung von Atomwaffen nicht beim Rat

einer Gemeinde liegt. Trotzdem ist der
Beschluß der Bevölkerung oder des Rates
einer Stadt, das eigene Stadtgebiet frei
von Atomwaffen zu halten, sinnvoll -
zeigt er doch so deutlich und plakativ
wie kaum eine andere Handlung den Frie-
denswillen der Bewohner dieser Stadt.

Wir Jusos fordern deshalb den Rat der
Stadt Gmhütte auf, auch Georgsmarienhüt-
te zur Atomwaffenfreien Zone zu erklä-
ren. Wir werden innerhalb der SPD und
in der Öffentlichkeit für diesen Gedan-
ken werben um später einen entsprechen-
den Antrag (etwa in der Art des folgen-
den) in den Stadtrat einzubringen. Laßt
uns nicht nur von einem atomwaffenfrei-
en Europa reden - laßt uns damit begin-
nen, hier und jetzt!



Der Gmhütter Stadtrat möge beschließen:

"Die Stadt Gmhütte erklärt sich hiermit
zur atomwaffenfreien Zone. Das bedeutet,
daß die Stadt Gmhütte weder jetzt noch
in Zukunft jemals der Lagerung irgend-
welcher Atomwaffen auf ihrem Stadtge-
biet zustimmen wird. Die Stadt Gmhütte
lehnt auch jeden Transport atomarer Waf-
fen über ihr Stadtgelände ab. Die Stadt
fordert die Gemeinden in der näheren und
weiteren Nachbarschaft auf, ebenfalls
ihre Stadtgebiete zu atomwaffenfreien
Zonen zu erklären. Mit dieser Erklärung
wird der Wille der Bevölkerung und der
Kommune nachhaltig dokumentiert, endlich
zu einer weltweiten Abrüstung zu kommen."



Georgs-
marienhütte
atomwaffenfrei

Friedenswoche der Gmhütter SPD

Der SPD-Ortsverein Gmhütte wird Ende Oktober eine Friedenswoche durchführen.

Wir Jusos begrüßen dieses Vorhaben des Ortsvereins natürlich sehr, wir werden selbstverständlich im Rahmen unserer Möglichkeiten mithelfen, daß diese Woche ein voller Erfolg wird. Der geschäftsführende Vorstand hat sich sehr bemüht, einen prominenten SPD-Politiker als "Zugpferd" in dieser Woche nach Gmhütte zu holen, bisher hat man allerdings noch keine positiven Antworten, vielleicht klappt's ja noch bis Ende Oktober!

Aber selbst wenn es keine solche "Zugnummer" geben sollte, die bereits jetzt feststehenden Veranstaltungen lassen ein interessantes und vielseitiges Programm vermuten. Ein Besuch wird sich mit Sicherheit lohnen!

Ein endgültiges Programm ist im Augenblick - sechs Wochen vor Beginn der Friedenswoche - natürlich noch nicht zu nennen. Zumindest auf drei Veranstaltungen soll hier aber schon hingewiesen werden.

Sa., 23.10.: Beginn der Friedenswoche mit einer Kulturveranstaltung in der Turnhalle an der Hochstraße. Mitwirkende: Gmhütter Musikinitiative und Musikkreis des Friedens-kotten.

Di., 26.10.: (Termin noch nicht endgültig) Filmabend, u.a. mit dem Anti-Kriegsfilm "Wargame"; Realschule.

Sa., 30.10.: Friedensforum: Diskussion mit Vertretern verschiedener Gruppen und Verbände, voraussichtl. mit V. Neumann und A. Emmerlich.

"Markt der Möglichkeiten", auf dem verschiedene Gruppen ihre Vorstellungen zur Friedenssicherung darstellen. Zugesagt haben bisher: Falken, Friedensinitiative Gmhütte, CDU, Hausrat des Jugendzentrums, UWG, KJG Kloster-Oesede, Jusos ...

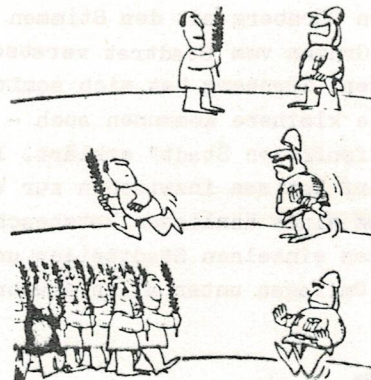
Also noch einmal: Kommt alle zur Friedenswoche der SPD-Gmhütte vom 23.10. - 30.10.!

ES WIRD SICH LOHNEN!!!

Anträge zum Frieden

Im Anschluß an die Friedenswoche der SPD-Gmhütte soll eine Hauptversammlung des Ortsvereines stattfinden, die sich mit dem Thema "Frieden" beschäftigen wird. Dazu wird die Juso-AG einige Anträge vorlegen, die wir hier schon einmal vorstellen wollen (der Wortlaut kann noch geringfügig geändert werden).

Wir hoffen, daß wir durch diese frühzeitige Bekanntgabe die innerparteiliche Diskussion anregen und vielleicht auch einige zusätzliche Genossen zum Besuch der Versammlung animieren können.



1 Der Ortsverein Gmhütte lehnt jede Lagerung von Giftgas-Kampfstoffen und biologischen Kampfstoffen auf dem Gebiet der BRD ab. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß alle Giftkampfstoffe der USA, die bereits in der BRD lagern, sofort abgezogen werden.

2 Der Ortsverein Gmhütte lehnt die Aufstellung von PershingII-Raketen und Cruise Missiles auf dem Boden der BRD im Jahre 1983 ab. Bundesregierung und Nato werden aufgefordert, die Verhandlungen in Genf zu beschleunigen und sofort in Verhandlungen zum Abbau konventioneller Waffen einzutreten.

3 Die Bundesregierung wird aufgefordert, der US-Regierung unmißverständlich klarzumachen, daß die Stationierung der Neutronenbombe in der BRD unerwünscht ist.

4 Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Verteidigungshaushalt in den kommenden Jahren um kontinuierlich 4 % p.a. zu senken. Dies soll dadurch finanziert werden, daß jegliche großtechnologischen Waffensysteme abgebaut, neue Entwicklungen nicht mehr in Gang gesetzt und stattdessen unsere Streitkräfte Zug um Zug zu einer reinen Defensivarmee umgerüstet werden. In diesem Zusammenhang sind alternative Verteidigungskonzepte, wie z.B. die sog. "Techno-Kommandos" zu diskutieren und prüfen.

5 Die Bundesregierung soll in der NATO bzw. bei den USA durchsetzen, daß NATO/USA öffentlich eine Verpflichtung abgeben, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten (wie dies die UdSSR bereits getan hat).

Das Neueste von der A 33

"Wir meinen, es wird Zeit, daß die Gmhütter SPD endlich eindeutig zu dem Bau der A 33 Stellung nimmt. Diese Autobahn ist sinnlos und muß deshalb von unserer Partei abgelehnt werden...". So haben wir in der letzten Ausgabe der ZdJ im März geschrieben. Inzwischen hat sich in Sachen Autobahnbau einiges getan, innerhalb unserer Partei, aber auch außerhalb.

Zunächst hatten einige Jusos aus unserer AG (u.a. auch ein Mitglied des SPD-Ortsvereinsvorstandes) einen persönlichen Brief an den Bundesverkehrsminister geschrieben und Volker Hauff darin gebeten, den Bau der A-33 noch einmal zu überdenken. Die Antwort kam von Staatssekretär Mahne und war erwartungsgemäß ablehnend - enttäuschenderweise hatte der Herr Staatssekretär sich nicht einmal die Mühe gemacht, die einzelnen Briefe zu lesen sondern den gleichen Antwortbrief an alle Schreiber geschickt, z.T. mit Antworten auf Fragen, die die Briefschreiber überhaupt nicht gestellt hatten. So wird man als SPD-Mitglied von den "Genossen" in Bonn behandelt!

Erfreulicheres gibt es aus unserem Ortsverein zu berichten. Im Mai hatte der Vorstand zu einer Ortsvereins-Mitgliederversammlung zum Thema A-33 eingeladen. Die Diskussion auf dieser Versammlung war erfreulich sachlich und fair - allerdings war etwas befremdliches zu beobachten:

Klaus Kraegeloh, der - wohl nicht so sehr, weil er für den Bau der Autobahn ist, sondern eher, weil sich sonst niemand dazu bereitgefunden hatte - die Argumente der Autobahnbefürworter vertreten hatte, blieb bei der Abstimmung am Schluß der Versammlung

"allein im Regen stehen"; diejenigen, die in der SPD-Ratsfraktion sich so vehement für den Bau eingesetzt hatten, waren vorzeitig gegangen oder gar nicht erst erschienen. Das Abstimmungsergebnis schließlich: 21:2 gegen den Bau!

Kurz nach diesem überraschend klaren Beschluß der SPD-Gmhütte kam es bezüglich der A-33 zu einer weiteren unerwarteten Entwicklung: einige Mitglieder der "Aktionsgemeinschaft gegen den Bau der A-33" errichteten auf der geplanten Autobahntrasse in Holsten-Mündrup ein "Sommerzeltlager". Dieses Lager, das zunächst als Besetzung eines Waldstücks geplant war, dessen baldige Abholzung die Autobahngegner befürchteten, erzeugte große Aufmerksamkeit (auch in der Presse!) und wurde mit der Zeit von so vielen Jugendlichen bevölkert, daß eine große "Gemeinschaftshütte" errichtet werden mußte. Die Gmhütter Jusos haben das Sommerlager mehrmals besucht und unterstützten in Presseerklärungen den gewaltlosen Widerstand der A-33 Gegner. Inzwischen hat auch eine Abordnung des SPD-Ortsvereinsvorstandes das Lager besucht und u.a. den SPD-Beschluß gegen den A-33 Bau übergeben; in der Gmhütter SPD-Zeitung "GiG", die in alle Haushalten unserer Stadt verteilt wird, wurde die Ablehnung des Autobahnbaus durch die SPD-Gmhütte bekanntgegeben und begründet.

Ob dies alles den Bau der A-33 verhindern kann, ist fraglich. Immerhin wurde der offenbar für diesen Sommer geplante Weiterbau in Holsten-Mündrup bisher noch nicht begonnen, vielleicht ein gutes Zeichen.

aktuell



Nachdem die Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Gmhütte mit großer Mehrheit den Autobahnweiterbau über Harderberg hinaus abgelehnt hat, nachdem die SPD-Zeitung in allen Gmhütter Haushalten diese Ablehnung ausführlich begründet hat, sprach sich übrigens die Ratsfraktion der SPD im vergangenen Monat mit 7:2 Stimmen für den Weiterbau der A-33 aus!



Diskussion mit israelischen Besuchern

Anläßlich des Besuches israelischer Gruppen in Gmhütte stellten wir Jusos einen Antrag an die Stadt, mit den Besuchern eine Diskussion über die Situation im Libanon zu führen. Dieser Antrag war von uns sehr zurückhaltend gestellt - er war eigentlich mehr eine Bitte oder Anregung - und wurde auch von Verwaltung und Verwaltungsausschuß (VA) vorsichtig diskutiert.

Einig sind wir mit Verwaltung und VA, daß aus einer solchen Diskussion keine große öffentliche Show gemacht werden soll und es auch nicht darum gehen kann, mit den Israelis betreffs des Vorgehens im Libanon "abzurechnen". Dazu haben wir als Deutsche - auch als junge Deutsche - wahrlich keinen Anlaß.

Allerdings müssen wir - gerade als junge Deutsche, die aus der Vergangenheit lernen wollen - uns zu Wort melden, wenn in so großem Ausmaß Unrecht im Libanon geschieht, Unrecht, das zu Lasten der Regierung in Israel geht.

Behutsam muß in einer solchen Diskussion vorgegangen werden, wegen der deutschen Vergangenheit, aber auch, weil bei uns zur Zeit wieder viele Antisemiten ihre Stimme erheben. Diesen Kreisen bietet das Vorgehen der israelischen Armee einen willkommenen Anlaß; es geht ihnen aber im Grunde nicht um eine Kritik an der tausendfachen Tötung von Zivilisten, sondern nur darum, sich im Nachhinein für die Zeit vor '45 reinzuwaschen!

Mit solchen Heuchlern haben wir nichts gemein. Deshalb haben wir auch deutlich gemacht, daß die israelischen Besucher zu einem Gespräch gebeten werden sollten, damit sie dann selbst entscheiden können, ob sie teilnehmen wollen oder nicht.

Wir sind gespannt, was aus unserer Anregung wird. Verwaltungsspitze, Verwaltungsausschuß und wir Jusos sind bereit, gegenüber den israelischen Besuchern in behutsamer Weise Stellung zu den Vorgängen im Libanon zu nehmen.

30 Stunden Rock

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Musikalischer Herbst 1982 in Gmhütte" findet am 8./9. 10. unter dem Motto "30 Stunden Rock" eine Riesenfete im Jugendzentrum statt. Hier das Programm:

Freitag, 8. 10. 1982:

Einlaß 18⁰⁰ Uhr

Es treten auf die Gruppen:

Kleinhirn; Fritz;

Bauer (Gitarrist von Udo Lindenberg), Garn & Dyke



Samstag, 9. 10. 1982:

Ab 10⁰⁰ Uhr

Frühstück und Frührschoppen.

Ab 13⁰⁰ Uhr

Film: "Woodstock".

Ab 17⁰⁰ Uhr die Gruppen:

Tough; Honor Earth; Astrid &

Rainer; Oxalis; Deo Dieter Band;

Fragen zur Zeit; Sonderangebot.



Übernachtungsmöglichkeiten sind übrigens vorhanden, Auskünfte werden im Jugendzentrum Gmhütte erteilt (auch telefonisch, über die Stadtverwaltung Gmhütte).

Veranstalter ist die Georgsmarienhütter Musikinitiative (GMI). Nähere Informationen über die GMI im Jugendzentrum!

Öffentlicher Nahverkehr in Gmhütte

In der Vergangenheit haben wir uns immer gegen den Bau großer, über-breiter Straßen wie der B 51 oder der Autobahn A-33 ausgesprochen, weil sie in großem Ausmaß Natur und Umwelt zerstören; wir haben auch versucht, innerhalb unserer Partei Mehrheiten gegen solche Projekte zu finden.

Weil Verkehr aber notwendig ist, meinen wir daß der Öffentliche Personennahverkehr eine brauchbare Alternative zum Individualverkehr sein sollte. Daher unser lebhaftes Interesse an diesem Thema.

Als Anfang 1981 wegen der Streichung der Gasölbetriebsbeihilfe die Bus-Fahrpreise erhöht werden sollten, nahmen wir erste Kontakte zu den Stadtwerken Osnabrück, dem Landkreis und zur Bundespost auf. Was durchaus nicht selbstverständlich ist: alle drei Einrichtungen beantworteten prompt unser Schreiben.

Im Mai 1982 führten wir dann ein Bürgergespräch zum öffentlichen Nahverkehr in Gmhütte durch. Eingeladen waren Vertreter der Stadtwerke Osnabrück, der Stadt Gmhütte, und des Kraftverkehr Osnabrück-Süd; zur Vorbereitung der Veranstaltung hatten wir Flugblätter gezielt in jenen Gebieten verteilt, die mit öffentlichem Nahverkehr nur schlecht versorgt sind: Dröper, Menkhausfeld und Egge.

In seinem einleitenden Referat wies der Vertreter der Stadtwerke darauf hin, daß

insbesondere Busse sichere, umweltfreundliche Verkehrsmittel seien, aus Kostengründen aber nicht alle Stadtteile optimal versorgt werden könnten. Er forderte die Zuhörer auf, Kritik an Fahrplangestaltung und Service zu äußern, nicht nur auf derartigen Bürgerversammlungen, sondern - z.B. telefonisch - immer dann, wenn etwas zu bemängeln sei.

In der dann folgenden Diskussion wurden von den anwesenden Bürgern viele Wünsche geäußert, so solle z.B. die geplante Bushaltestelle im Menkhausfeld verlegt werden. Dröper sollte, so der Wunsch anderer Zuhörer, werktags von drei Bussen zusätzlich angefahren werden, so daß es auch für Dröperaner möglich wäre, das Franziskushospital direkt zu erreichen. Der Vertreter des Kraftverkehr Osnabrück-Süd versprach, besonders diese beiden Anregungen auf ihre Durchführbarkeit hin zu überprüfen.

Rückblickend muß man dem Kraftverkehr Osnabrück-Süd bescheinigen, daß er die Neuerungen prompt eingeführt hat. Obwohl der Sommerfahrplan schon fertiggestellt war, führen die zusätzlichen Busse Dröper schon 10 Tage nach dem Bürgergespräch an.

Ein kleiner Teilerfolg, auch wenn unser Hauptziel, den öffentlichen Nahverkehr zu einer echten Alternative zum PKW werden zu lassen, noch in weiter Ferne liegt.

ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM _____ im Jahr, ab Nr. 19

Name:

Strasse:

Ort:

Datum/Unterschrift:

*) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

Einsenden an: Reinhold Thiede, Am Sundern 7,

Termine... Termine... Termine...

Der FRIEDENSKOTTEN lädt ein:

"Friedensbemühungen in der DDR"

Ein Gespräch mit H.-H. Hücking

Donnerstag, 23. September
Beginn: 19.30 Uhr



Gemeinsam mit der Jungen Union gegen Ausländerfeindlichkeit



Ende August fand auf unsere Anregung hin ein erstes Gespräch mit der Jungen Union zur Problematik der Ausländerfeindlichkeit statt. Dabei konnten wir große Übereinstimmung in der Ablehnung dieser Ausländerfeindlichkeit, in der Einschätzung der Situation und in dem Willen zur gemeinsamen Aktion dagegen feststellen. In einem sehr kooperativen Gespräch wurde überlegt, was wir gemeinsam hier in Gmhütte gegen Ausländerfeindlichkeit tun könnten. An diesen Aktivitäten wird gearbeitet, die Öffentlichkeit wird zum gegebenen Zeitpunkt informiert.

Soviel schon jetzt: Es ist u.a. ein Flugblatt geplant, in dem zahlreiche "Stamm-tisch-Argumente" in der Diskussion um die

Ausländerproblematik ("Wenn wir die Türken nach Hause schicken würden, dann gäbe es bei uns keine Arbeitslosen mehr...") mit Hilfe genauer, nachweisbarer Zahlen widerlegt werden; auch eine Plakataktion wurde ins Auge gefaßt. Daneben soll aber auch der persönliche Kontakt zu Ausländern und deren Organisationen verstärkt werden, so wurde vorgeschlagen, Vertreter der Islamischen Gemeinde in Gmhütte oder Mitglieder des Türkischen Arbeitervereins zu Gesprächen einzuladen.

Eine kleine Arbeitsgruppe mit Vertretern von Jusos und Junger Union wird kontinuierlich am Thema dranbleiben, ab und an sind gemeinsame Treffen beider politischer Gruppierungen geplant.

Yabancı düşmanlığına karşı direniş

Uniti contro la Xenofobia

Aus Fremden Nachbarn machen



Από κοινού ενάντια στην εκδρότητα κατά των ξένων

Unidos contra la Xenofobia

Skandal im TV-Sperrbezirk

Anfang Juli geschah der Skandal. Ein deutscher Professor wurde öffentlich im Ersten Deutschen Fernsehen geohrfeigt! Genau gesagt ein Professor für Astronomie mit dem Hobby "Bevölkerungspolitik".

Dieser Professor, er selbst übersetzt Professor mit "Bekenner", ist Mitverfasser des "Heidelberger Manifestes zur Reinerhaltung der deutschen Rasse".

Daß dieser Bekenner vom Deutschem Fernsehen zum Thema Bevölkerungspolitik eingeladen wurde, ist kein Wunder. Es war eine Sendung des Bayrischen Rundfunks mit Moderator Mühlfenzl.

Gemeinsam traten der Bekenner und Mühlfenzl als Referenten auf beim rechttradikalem und rassistischem "Schutzbund für das deutsche Volk".

Getreu der erklärten Devise dieses "Schutzbundes", möglichst völkisches und nationalistisches Vokabular zu vermeiden, durfte der Bekenner seine rassistischen Thesen im Deutschen Fernsehen verbreiten.

Das war ein... resoluten Münchne-

rin zuviel. Mit dem Ruf: "Über Rassismus können wir nicht mehr diskutieren - in Nürnberg wird schon gemordet, und Sie sind der geistige Ziehvater!" stürzte sie sich auf den Bekenner und klebte ihm eine. Mühlfenzl warf sich mutig dazwischen und rief nach der Polizei.

Wenn man jetzt fragt, was der Skandal war, ist es wohl klar. Ohrfeigen sind zwar kein Argument, aber als Antwort auf den Skandal, daß ein rassistischer Bekenner seine Thesen im Fernsehen verbreiten kann, durchaus angemessen.

Es ist verständlich, wenn eine junge Frau nicht will, daß sich von deutschem Boden wieder das Verbrechen rassistischen Denkens ausbreitet, und einem Vordenker des Rassismus in ihrer Empörung eine klebt. Ach ja, der Professor heißt Theodor Schmidt-Kaler und lehrt Astronomie an der Bochumer Universität. Wer mehr über diesen Bekenner erfahren will, schreibe an den Arbeitskreis "Ausländer willkommen" bei der Ev. Studentengemeinde Bochum.

(Un-)Sozialdemokratisch

Die wirtschaftliche Situation in der BRD ist miserabel. Obwohl die Regierung noch von einer 3% igen Steigerung des Wirtschaftswachstums ausgeht, ist es absehbar, daß es in diesem Jahr kein Wachstum geben wird.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt ständig und wird im kommenden Jahr weit über 2 Mio. liegen. Damit steigen natürlich auch die staatlichen Ausgaben für Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw., wodurch sich wieder Milliardenlöcher auftun.

Die Debatte hierüber ist schon in vollem Gange. Viel spricht dafür, daß die sozialliberale Regierung nach der Wahl in Hessen über den Haushalt 1983 auseinanderbricht. Ohne Erfolg hat die Regierung in der "Operation 82" versucht, mit Investitionsförderung, Abschreibungserleichterungen und anderen Kostenentlastungen die "Investitionsneigung" der Unternehmen anzuregen. Sie hat mit Ausgabenkürzungen, vor allem im Sozialbereich, versucht, die Haushaltsdefizite zu verringern. Nach diesem Rezept geht sie auch im Etat 1983 vor:

Von den Arbeitnehmern will Bonn 1,5 Milliarden durch die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung holen.

Den krankenversicherten Arbeitnehmern wird eine von 1,50 DM auf zwei Mark erhöhte Rezeptgebühr je Einzelarznei abverlangt, was den Krankenkassen 300 Millionen bringen soll.

Mit 580 Millionen veranschlagt die Bundesregierung die Ersparnis der Krankenkassen dadurch, daß die Versicherten künftig "Bagatellarzneien" aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Die fünf Mark, mit denen die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung und ihre Angehörigen künftig pro Pflage tag in den ersten sieben Tagen eines Krankenhausaufenthaltes dabei sein sollen, summieren sich wahrscheinlich auf 300 Millionen DM. Die Selbstbeteiligung von zehn Mark pro Tag für Kuren wird noch einmal denselben Betrag ergeben.

Den Rentnern wird ab 1983 ein Krankenversicherungsbeitrag von einem Prozent ihrer Rente zugemutet. Der Betrag steigt bis '86 auf vier Prozent. Erhoffter Gewinn für die Rentenkasse 1983: 1,5 Milliarden.

Außerdem soll eine Krankenversicherungsbeitragspflicht der Rentner für "sonstige Bezüge" 600 Millionen bringen.

Am härtesten trifft es die Arbeitslosen: Die Bundesanstalt für Arbeit soll für sie nur noch 70% des letzten Bruttoeinkommens an die Renten- und an die Krankenversiche-

rung überwiesen. Die Folge ist eine spätere Rentenminderung. Auf der Basis der heutigen Zahlen würde das nach 40 Versicherungsjahren pro Jahr Arbeitslosigkeit neun DM Rente pro Monat weniger. Rentenexperten rechnen mit weit höheren Zahlen.

Von den verringerten Überweisungen an die Krankenkassen sind die Arbeitslosen nicht direkt betroffen. Aber bei den Rezeptgebühren, den Bagatellarzneien, den Selbstbeteiligungen bei Krankenhausaufenthalt und bei Kuren sind sie mit dabei.

Gegenüber diesen Belastungen nimmt sich das, was als "soziales Gegengewicht" gedacht ist, ausgesprochen dürftig aus.

Durch den Abbau von "Splittungsvorteilen" für Verheiratete mit Jahresverdiensten von mehr als 87 000 DM, durch die Halbierung der Vorsorgepauschale für Beamte und durch die Verdoppelung des privaten Nutzungsanteils an Geschäfts-PKWs beispielweise sollen ganze 1,6 Milliarden zusammenkommen

Gemeinsam tragen Groß und Klein



Dabei ist es noch garnicht sicher, ob diese Maßnahmen durch den Bundesrat gehen. Denn im Gegensatz zu den Einsparungen im Sozialbereich müssen Steuersachen vom Bundesrat genehmigt werden.

Die Arbeitgeber kommen mit 1,5 Milliarden Mark Belastung wieder einmal gut weg. Weh tun wird es sie nicht, denn sie resultieren einzig aus ihrem Anteil (der Hälfte) an dem von vier auf 4,5% erhöhten Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, den sie schon bei früheren Erhöhungen unverzüglich als Personalkosten in die Preise einrechneten.

Im Sozialbereich ist der Haushalt nicht mehr sozial!

Bei Rentnern und Arbeitslosen wird 6,8 Milliarden Mark eingespart.

Bei den beschäftigten Arbeitnehmern 2,7 Milliarden Mark.

Und bei den Arbeitgebern die oben genannten 1,5 Milliarden Mark.

Demgegenüber stehen natürlich weitere Investitionsanreize.

Dennoch ist es utopisch, anzunehmen, daß die Rechnung der Regierung aufgeht, und die Unternehmen nun investieren und Arbeitsplätze schaffen. Zuerst einmal sind die vorhandenen Kapazitäten nur zu 78% ausgelastet. Wenn doch investiert wird, werden höchstens Arbeitsplätze wegrationalisiert.

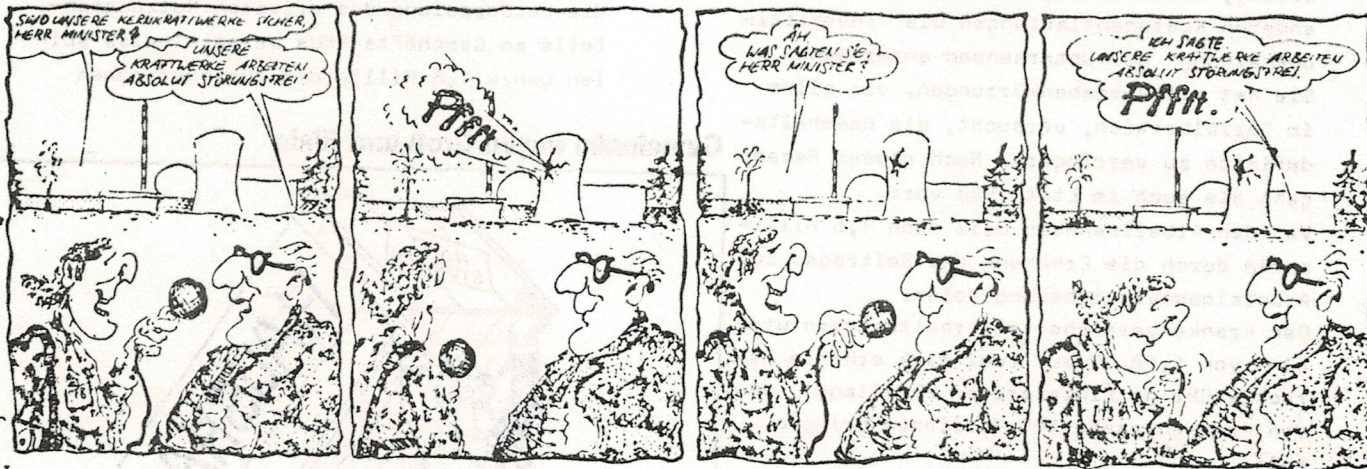
Auch der Staatshaushalt wird, wenn überhaupt, nur kurzfristig entlastet, denn durch die verringerten Sozialausgaben wird die private Nachfrage eingeschränkt, wodurch

sich die Wirtschaftskrise weiter verschärft. Das hat wieder zur Folge, daß die Ausgaben für Arbeitslose steigen und die Steuereinnahmen sinken.

Gezielte Investitionen in den Bereichen Energie, Wohnungsbau, Umweltschutz, gefordert ^{VON} großen Teilen der SPD, der Jusos und des DGB, unterbleiben.

Aber selbst diese Investitionen könnten nur das Problem lindern. Helfen kann nur die Verringerung der Arbeitszeit und hier kurzfristig die Verringerung der Lebensarbeitszeit. Das würde natürlich bedeuten, daß der Profit, der durch Rationalisierung entsteht, nicht nur den Unternehmern zugute kommt, Das bedeutet eben nicht mehr nur Verteilung des Wachstums, sondern wirkliche Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen und zunehmende staatliche und gesellschaftliche Kontrolle der großen Unternehmen.

Wolfgang Stein: Das Interview



Unsere Leser schreiben... Unsere Leser schreiben...

Der Schreiber des folgenden Leserbriefes stammt aus Osnabrück und hat in mehreren Büchern den Ersten und Zweiten Weltkrieg aus der Sicht eines "einfachen Bürgers" aus Osnabrück beschrieben. Wer Näheres über diese Bücher wissen möchte, wende sich an uns.

Sind die Russen dumm?

Ja, es muß wohl so sein. Schon als Kind hörte ich immer wieder von den Erwachsenen, wenn jemand dumm war: "Der ist dumm wie ein Russe!" Dieser Ausspruch galt dann, wenn jemand schwerfällig war. - Und richtig, wie konnte ein Russe klug sein, der nicht die Schule besuchte.

Bei uns, den Schülern der "Neustädter Volksschule" in Osnabrück, war das ganz anders. Unser Lehrer z.B., der wußte Bescheid; was der alles über die Russen im ersten Weltkrieg sagte, über die Schlicht von Tannenberg und Hindenburg. Das hatte Hand und Fuß. Wir alle waren ganz Ohr. Es war einfach "herrlich" und "feierlich" zugleich. Was waren da schon die Tiergeschichten von Hermann Löns, wenn er auch wohl das schöne Seemannslied "Denn wir fahren gegen England" geschrieben hatte, das von den Nazis gleich übernommen wurde als Kampflied.

Es folgte der zweite Weltkrieg und heute spricht man von dem dritten. Daran glaube ich nicht, und ich will auch gleich sagen, weshalb nicht. Weil der Russe nichts dazugelernt hat seit Anno '14, obwohl nach 1917 jedes Russenkind die Schule besuchen mußte und noch heute muß. Und ich sage nochmals "obwohl", weil neulich in der Zeitung stand, daß der Russe uns und den Amerikanern bereits sechs Jahre voraus ist, - er also bereits im Jahre 1988 lebt. Wir aber, die Amerikaner und alle anderen auf dieser Welt leben erst im Jahre 1982, wie auf dem Kalender steht.

Und gerade heute lese ich noch die Schlagzeile in der Zeitung: "Sowjets haben achtmal mehr Atomraketen als die NATO!" Da sage nur noch einer, die Russen wären schlau. Nein und nochmals nein! Im Gegenteil, sie haben nichts dazugelernt, sind dumm, faul und bequem. Warum warten sie sonst so lange mit dem, was sie angeblich vorhaben? Vielleicht solange, bis wir in voller Stärke aufgerüstet haben?

Da kann er aber lange warten. Wir haben kein Geld für solche Scherze. Also, es gibt keinen Krieg! Wer was anderes glaubt und sagt will nur hetzen, hat keine Vaterlandsliebe und ist ein Verräter, oder, ähnliches!

G.A. Kreutzenberg

Schwer hat's ein Katholik...

Es gibt in der Gmhütter Juso-AG eine kleine, unerschrockene Minderheit, die sich - inmitten von Protestanten (lutherischen und reformierten), Baptisten, Atheisten, Agnostikern und anderen, kaum verständlichen (Nicht-)Glaubensrichtungen - zum Katholizismus bekennt. Als ein Mitglied dieser kleinen, aber zähen Minderheit wollte ich, nachdem soviel über die "Friedens-thematik auf dem Katholikentag" und die "Annäherung der Kirche an die Jugend" zu lesen gewesen war, zu dem "Fest aller bundesdeutschen Katholiken" nach Düsseldorf fahren. Schließlich hatte sich in Düsseldorf ja auch die Friedensbewegung angesagt, in Zusammenarbeit der Aktionsgemeinschaft "Kirche von unten" und der Aktion Sühnezeichen sollte dort eine große Demonstration gegen die beabsichtigte Aufstellung der neuen atomaren Massenvernichtungsmittel in der BRD und für weltweite Abrüstung stattfinden.

Ich fuhr also frohen Mutes am Samstag (4.9.) mit einigen Freunden nach Düsseldorf - etwas schläfrig zwar noch, es war schließlich erst kurz nach sechs, aber doch ziemlich gespannt auf dieses "Fest aller Katholiken". Am Abend zuvor hatte ich mich allerdings noch mal so richtig über die "offizielle" Friedenskundgebung der Amts-



kirche im Rheinstadion geärgert - Kardinal Höffner zusammen mit Helmut Schmidt und Helmut Kohl als Friedensapostel ist ja auch eine eigentümliche Zusammenstellung.

Eigentümlich war die Vorstellung der drei Hauptredner wirklich: während die beiden Helmut's sich sonst wegen so gewichtiger politischer Grundsatzentscheidungen wie bspw. der Erhöhung der Sektsteuer lange Rededuelle liefern, waren sie in der - zu-

gegebenermaßen weit weniger wichtigen - Frage der Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik völlig einer Meinung: "Ohne Nachrüstung würden die Russen nicht verhandeln"; "Es müssen Gespräche über Abrüstung geführt werden - und das geht nur, wenn wir 1983 neue Raketen stationieren"; "Der Einzelne kann Pazifist sein, der Politiker mit seiner großen Verantwortung für die Bevölkerung jedoch nicht"... und ähnliches Blabla-bla. (Welcher der beiden Helmut's nun

Jesus von Nazareth:

»WER DAS SCHWERT NIMMT,

WIRD DURCH DAS SCHWERT UMKOMMEN.«

Matthäus-Evangelium, Kap. 26, Vers 52

was gesagt hat, weiß ich beim besten Willen nicht mehr - das ist aber auch völlig egal, es war sowieso genau gleich!) Und der anscheinend allmählich senil werdende Kardinal betonte bewegt: "Die Kirche muß beide Meinungen respektieren und darf sich nicht einseitig auf eine der beiden Seiten festlegen" - obwohl kritische Meinungen zur "Nach"rüstung auf der Veranstaltung gar nicht gehört wurden. Da hätte der Erhard Eppler gefehlt...!

Trotz der Enttäuschung über diese "offizielle" Friedenskundgebung der Katholischen Amtskirche kamen wir aber gut gelaunt am Düsseldorfer Rheinstadion an - da stand uns der nächste Hammer bevor: nachdem wir zunächst 2,50 DM Parkgebühr bezahlt hatten, erfuhren wir am Eingang des Messegeländes, daß wir, um zu "unserem" Katholikentag eingelassen zu werden, ein Eintrittsgeld von sage und schreibe 20 Mark - in Worten: zwanzig - zu zahlen hätten. Dafür würden wir allerdings nicht nur auf das Messegelände gelassen, nein, großzügigerweise bekämen wir dazu noch ein Büchlein mit geistlichen Gesängen - geschenkt, kostenlos, gratis - Wahnsinn, was?! Geduldig setzten wir der gestreßten aussehenden Dame am Schalter auseinander, daß wir als notorische Nichtsänger die Noten überhaupt nicht lesen könnten und auch auf die geistlichen Texte gern verzichten würden; als wir dann aber bemerkten, daß sie sich auf unsere Argumentation nicht einzulassen gedachte, fragten wir diskret nach der Höhe der Gage, die



Rudolf Hartung

**Bundsvorsitzender
der Jungsozialisten
in der SPD**

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,

dem VORWÄRTS soll's an den Kragen gehen. In den Führungsgremien der SPD gibt es ernsthafte Bestrebungen, ihn einzustellen. Es heißt, das Defizit dieser einzigen sozialdemokratischen Wochenzeitung, die wir noch haben, sei nicht mehr zu tragen.

Wenn die Gründe wirklich nur wirtschaftliche sind, kann man dafür sorgen, sie zu beseitigen, und mit-helfen, daß die Partei den VORWÄRTS nicht einer „Po-litik nach Kassenlage“ opfert.

Ich bitte deshalb jeden von Euch eindringlich, der es sich halbwegs leisten kann, den VORWÄRTS zu abon-nieren und zugleich für ihn zu werben. Die Kollegen vom VORWÄRTS helfen Euch mit Werbe- und Informa-tionsmaterial.

Sicher hat sich jeder schon über das Blatt geärgert, doch das Blatt ist nicht dazu da, jedermann zu Ge-fallen zu sein. Die Redakteure arbeiten unabhängig von der Parteiführung und haben gerade in den letz-ten Monaten gezeigt, daß sie ein lebendiges und interessantes Blatt machen, das viele wichtige Anstöße für die politische Arbeit gibt.

Es wäre geradezu absurd, würden wir es zulassen, daß sich die Partei ihr einziges ernstzunehmendes pu-blizistisches Forum selbst aus der Hand schlägt und damit die Tradition ihrer unrühmlichen Politik mit den eigenen Zeitungen fortsetzt.

Wir haben oft Forderungen zu einem neuen Presse-recht gestellt, aber wir können nicht über Medien-politik sprechen und Änderungen verlangen, wenn wir tatenlos zusehen, wie unsere eigenen Zeitungen ein-gestellt oder verkauft werden. Dieses Schicksal wollen wir dem VORWÄRTS ersparen.

Einen Bestell-Coupon findet Ihr auf dieser Seite.

Wer jetzt den VORWÄRTS nicht abonniert, hilft selbst mit, dieses wichtige Blatt zu Grabe zu tra-gen.

Mit solidarischen Grüßen
Euer

Rudolf Hartung
(Rudolf Hartung)

**Jetzt: Vorwärts-Solidarität.
Ja. Ich bestelle den Vorwärts.**

Hiermit bestelle ich die Wochenzeitung Vorwärts für mindestens ein Jahr.
Monatlicher Bezugspreis: 8,50 DM (für Studenten und Schüler 5,95 DM).

Name: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift _____

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen diese Bestellung zu widerrufen.

Bitte ausschneiden, ausfüllen und ein-senden an: Reinhold Thiede jun., Am
Sundern 7, 4504 Gmhütte.
Ein Werbegeschenk gibt's dann übrigens
auch!

VORWÄRTS

